

Jugendpolitik, Erziehung und Bildung in der DDR

Die Einflussnahme auf die Bürger der DDR bzw. auf die Entwicklung der Gesellschaft im Sinne eines real gelebten Sozialismus war umfassend und weitreichend. Die DDR-Führung übte unter anderem nicht nur maßgebend Kontrolle auf das Berufsleben, auf die Kultur und das gesellschaftliche Leben aus, sondern hatte insbesondere die heranwachsenden Generationen im Fokus. Welche politische Bedeutung der Jugendpolitik beigemessen wurde, verdeutlicht beispielsweise der Verlauf des Plenums des Zentralkomitees der SED im Dezember 1965. Obwohl ursprünglich wirtschaftliche Themen auf der Tagesordnung standen, entwickelten sich unerwarteterweise außergewöhnlich lange Diskussionen um die Kultur- und Jugendpolitik. Ausschlaggebender Anlass hierzu war ein nationaler Gitarrenwettbewerb und dessen Folgen, zu dem die FDJ-Führung im Mai des gleichen Jahres aufgerufen hatte, um die wachsende Begeisterung der DDR-Jugend für englische Beat-Gruppen, wie z. B. die "Beatles" oder die „Rolling Stones“, zu kanalisieren. Als sich jedoch herausstellte, dass sich die teilnehmenden Gruppen überwiegend an der englischsprachigen Musikszene orientierten, wurde dieser Wettbewerb auf Weisung der Partei allerdings abgebrochen. Im Herbst 1965 wurden die Bezirke schließlich angewiesen, sämtliche Beat-Gruppen zu registrieren, vorzuladen und im Falle einer zu westlichen Ausrichtung deren Lizenz zu entziehen, was ein Großteil dieser Musik-Gruppen betraf. Infolgedessen kam es zu Demonstrationen von Jugendlichen, die gegen den Lizenzentzug und das damit verbundene Auftrittsverbot protestierten. Erich Honecker verurteilte diese Vorkommnisse auf dem Plenum aufs Schärfste und machte dafür "antihumanistische kulturelle Darstellungen", insbesondere im Hinblick auf DDR-Filmproduktionen verantwortlich. Sowohl der FDJ als auch der Partei warf er vor, dass der schädliche Einfluss der Beat-Musik grob unterschätzt worden wäre.

Die Ursache dieser Missstände sah er in einem ungenügenden marxistischen Weltbild der Künstler und deren geringer Kenntnis von der Politik der Partei. In seiner Kritik ging er sogar soweit, den Klassenfeind für diese Entwicklung verantwortlich zu machen, der die DDR durch einen liberalen Einfluss von innen her aufweichen wolle.

Wie ist es zu erklären, dass der Jugendpolitik in der DDR eine solch große Bedeutung beigemessen wurde, dass sogar musikalische Vorlieben Jugendlicher zum Gegenstand eines ZK-Plenums wurden und die Gemüter derart erhitzten?

Aus politischer Sicht war die Erziehung zum sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus ein Bestandteil der kommunistischen Erziehung. Diese Auffassung entsprang unter anderem der marxistisch-leninistischen Erkenntnis, dass die Stärke des Sozialismus im Bewusstsein der Massen begründet ist. Um dieses Bewusstsein nachhaltig gewährleisten zu können, muss die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse im Kampf um den Kommunismus jede neue Generation für diesen Kampf gewinnen und entsprechend erziehen.[1. vgl.: Stübner, E.; Zapf, H. (Hrsg.): Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus. Berlin, 1981, S. 66]

Karl Marx schrieb 1867:

„Der aufgeklärtere Teil der Arbeiterklasse ... (begreift) sehr gut, dass die Zukunft seiner Klasse und damit die Zukunft der Menschheit völlig von der Erziehung der heranwachsenden Arbeitergeneration abhängt.“[2. vgl.: ebd. S. 66/67]

Dies bedeutet, dass jede neue Generation in den Kampf um die Festigung und allseitige Stärkung des Sozialismus einzubeziehen ist. Kommunistische Erziehung erfordert demnach, jeden Schritt der Beschulung, Erziehung und Bildung mit dem ununterbrochenen Kampf der Proletarier und Werktätigen gegen die Ausbeutergesellschaft und für den Kommunismus zu verknüpfen. Inhaltlich wird die Erziehung von den konkret-historischen Anforderungen des Kampfes um den Kommunismus geprägt.[3. vgl.: ebd. S. 6] Demnach steht die kommunistische Erziehung in der Tradition des Arbeiterkampfes: Durch die aktive Aneignung der historischen Erfahrungen und Traditionen des Klassenkampfes und durch die Entwicklung einer Arbeits- und Lebenshaltung, die dem sozialistischen Patriotismus, der Klassensolidarität, der Bereitschaft zur Verteidigung und dem Schutz der sozialistischen Gemeinschaft entspricht.[4. vgl.: ebd. S. 68]

So stand die Erziehung zum sozialistischen Patriotismus als Bestandteil der kommunistischen Erziehung der Jugend auch im Mittelpunkt der Jugendpolitik innerhalb der DDR, um das Fortbestehen des Sozialismus zu sichern. Grundsätzlich orientierte sich die Bildungspolitik der DDR an der Sowjetunion und verfolgte zum einen das Ziel, ein hohes Bildungsniveau für alle Jugendlichen

und Berufstätigen zu erreichen, und zum anderen die völlige Einbindung jedes Einzelnen in das ideologische und politische System der DDR. Aufgabe des sozialistischen Bildungswesens war demnach, die Bürger zu befähigen, die sozialistische Gesellschaft mitzugestalten, die technische Revolution zu meistern und an der Entwicklung der sozialistischen Demokratie mitzuwirken. Um dies zu gewährleisten, wurde bereits 1946 die FDJ mit Genehmigung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) offiziell als Jugendorganisation gegründet, nachdem die KPD-Spitze in Moskau bereits im Vorfeld Pläne für eine Nachkriegsjugendpolitik entwickelt hatte.

Die "Freie Deutsche Jugend" sollte die Aufgabe übernehmen, die Jugend in den Marxismus-Leninismus einzuführen und zu klassenbewussten Sozialisten zu erziehen. Sie verstand sich als sogenannte "Kampfreserve der SED", da die Partei selbst keine eigene Jugendorganisation besaß, und sollte die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik offiziell mitgestalten. Die Vertiefung der Freundschaft zur Sowjetunion und die Unterstützung aller Völker der Welt im Kampf gegen das imperialistische System stellten internationale Zielsetzungen der FDJ dar. Demnach wurden unmittelbar nach der Gründung folgende Grundsätze und Ziele der Freien deutschen Jugend genannt: "Gewinnung der Jugendlichen für die großen Ideale der Freiheit, des Humanismus, einer kämpferischen Demokratie, des Völkerfriedens und der Völkerfreundschaft", sowie "die aktive Teilnahme aller Jungen und Mädchen beim Neuaufbau unseres Vaterlandes". Interessant ist sicherlich, dass zu diesem Zeitpunkt im gleichen Atemzug auch die Erhaltung der Einheit Deutschlands genannt wurde.[5. vgl.: Skyba, P.: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949-1961. Köln 2000, S. 34] Des Weiteren wurden als Organisationsziele festgelegt, politische und soziale Rechte sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Heranwachsenden durch organisierte soziale, kulturelle und sportliche Aktivitäten zu fördern.[6. vgl.: ebd. S. 34]

Neben der ideologischen Ausrichtung stellte auch die Freizeitgestaltung ihrer Mitglieder eine wesentliche Aufgabe des neuen Jugendverbandes dar. Jugendliche wurden ab dem 14. Lebensjahr aufgenommen. Die Mitgliedschaft war laut Statut zwar freiwillig, in der Regel waren aber Jugendliche ohne Mitgliedschaft erheblichen Benachteiligungen ausgesetzt - insbesondere bei der Zulassung für eine weiterführende Schule. Für Grundschul Kinder wurde zusätzlich die "Pionierorganisation Ernst Thälmann" eingerichtet, die der FDJ angegliedert war,

um auch diese Altersspanne einer altersgerechten Form der sozialistischen Erziehung zuzuführen.[7. vgl.: ebd. S. 35] Diese war als politische Kinderorganisation Bestandteil des einheitlichen sozialistischen Schulsystems und als solche fest in die Schulen integriert.

Damit bildete sie die Vorstufe zur Mitgliedschaft in der FDJ. Im Anschluss an die Schulzeit setzte sich die Einbindung der Heranwachsenden zusätzlich durch den Wehrdienst und den Pflichtstudiengang "Marxismus-Leninismus" für alle Studenten fort. Auf diese Weise wurde die Einflussnahme eines jeden DDR-Bürgers vom sechsten Lebensjahr bis zum Ende der Ausbildung gewährleistet und setzte sich darüber hinaus in diversen sozialistischen Organisationen prinzipiell bis zum Ausscheiden aus dem Arbeitsleben fort. Bezieht man die Kinderkrippe mit ein, umfasste die ideologische Einflussnahme sogar fast die gesamte Lebensspanne eines Menschen. Bei sämtlichen sozialistischen Organisationen stand stets das Kollektiv im Vordergrund, wohingegen Individualismus wenig erwünscht war, was für sich genommen bereits bezeichnend sein dürfte. Kinder bekamen schon in der ersten Klasse das blaue Halstuch der Jungpioniere umgebunden und legten ihr Pioniersversprechen ab. Die erzieherische sozialistische Zielsetzung innerhalb dieser beiden Jugendorganisationen zeigte sich in den Ausformulierungen der Gebote bzw. Gesetze überdeutlich.

So heißt es unter anderem in den Geboten der Jungpioniere:

„Wir Jungpioniere lieben unsere Deutsche Demokratische Republik...halten Freundschaft mit den Kindern der Sowjetunion...lernen fleißig, sind ordentlich und diszipliniert...achten alle arbeitenden Menschen und helfen überall tüchtig mit.[8. vgl.: Fritsche, S.: Die Mauer ist gefallen. Eine kleine Geschichte der DDR. Berlin, 2008, S. 39]

In den Gesetzen der Thälmannpioniere wurden diese ideologisch ausgerichteten Zielsetzungen schließlich noch konkreter formuliert:

„Wir Thälmannpioniere lieben unser sozialistisches Vaterland, die Deutsche Demokratische Republik...lieben und schützen den Frieden und hassen die Kriegstreiber...sind Freunde der Sowjetunion und aller sozialistischer Brudervölker...lieben die Arbeit, achten jede Arbeit und alle arbeitenden Menschen...bereiten uns darauf vor, gute Mitglieder der Freien Deutschen Jugend

zu werden.“[9. vgl.: ebd. S. 48]

Was insbesondere an den Gesetzen der Thälmannpioniere auffällt, ist die Formulierung: „...und hassen alle Kriegstreiber“. Bei Stüber und Zapf ist gar Folgendes nachzulesen:

„Ausprägung des sozialistischen Patriotismus beinhaltet deshalb auch, den Hass auf jegliche Ausbeutung und Unterdrückung zu entwickeln und zur Klassensolidarität, zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung zu erziehen.“[10. vgl: Stübner, E.; Zapf, H., S. 73]

Es wurde demnach also über das staatliche Bildungswesen nicht nur ein kämpferischer Einsatz für die sozialistischen Ideale propagiert, es sollte darüber hinaus sogar eine regelrecht hasserfüllte Haltung gegenüber dem Klassenfeind erzeugt werden, was aus pädagogischer Sicht absolut indiskutabel ist. Ein Beweis dafür, zu welch absurden Auswüchsen eine Verknüpfung des Bildungswesens mit einseitig politisch geprägten Zielsetzungen führen kann, insbesondere in Anbetracht der erfolgten Instrumentalisierung von Jugendorganisationen für politische Ziele. Als Beispiel sei an dieser Stelle die sogenannte “Aktion Blitz gegen NATO-Sender“ erwähnt, für die im September 1961 rund 25.000 FDJ-Mitglieder mobilisiert wurden, um Tausende von Fernsehantennen, die auf Sender in der BRD ausgerichtet waren, in Richtung sozialistische Sender zu drehen. Äußerlich orientierte sich sowohl die Organisation der Jungpioniere als auch die Organisation der Thälmannpioniere unübersehbar an der Bündischen Jugendbewegung. Halstuch und Fahrtenhemd bzw. “Bluse“ wurden eindeutig von den Pfadfindern kopiert, ähnlich wie dies bereits im Dritten Reich unter den Nationalsozialisten in Form der Hitlerjugend geschehen war. Insofern steht die Ausgestaltung der Jugendorganisationen in gewisser Weise in deutscher Tradition, allerdings in der Tradition der Übernahme tradierter Elemente für eigene politisch und ideologisch geprägte Zielsetzungen.

Aufgrund der bereits frühen Aktivitäten Erich Honeckers im Spartakusbund und dem Kommunistischen Jugendverband Deutschland (KJVD) liegt es nicht nur nahe, dass er von 1946 bis 1955 den Vorsitz der Freien Deutschen Jugend (FDJ) innehatte, sondern auch und gerade, dass für ihn die organisierte sozialistische Jugendarbeit innerhalb der DDR persönlich einen entsprechend hohen Stellenwert einnahm. Man kann sich aus heutiger Sicht geradezu bildlich vorstellen, wie er den Traum von einer Jugendorganisation hegte, die in der

Tradition der bündischen Jugendbewegung mit mindestens der gleichen Lebendigkeit, die noch heute sowohl bei Pfadfindern, als auch bei dem Wandervogel-Bund zu finden ist, allumfassend die sozialistischen Ideale verinnerlicht und umsetzt. Quasi eine bündische Jugendorganisation nur mit ausgetauschten Traditionen und Idealen. Der wesentliche Unterschied zwischen der bündischen Jugendbewegung und den sozialistischen Jugendorganisationen der DDR liegt allerdings in der Freiwilligkeit. Während die Jugendbewegung ein Ausdruck von Abgrenzung und Selbstbestimmung darstellte und nach wie vor stellt, wurden die sozialistischen Jugendorganisationen in der DDR von oben aufdiktiert, was völlig konträr zu den Beweggründen steht, welche die bündischen Jugendorganisationen in Eigenregie entstehen ließ, auch wenn diese offiziell auf eine freie Entfaltung aufgrund des überwundenen nationalsozialistischen Faschismus ausgerichtet waren. Dieser Gedanke drückte sich entsprechend in dem Symbol der FDJ aus - eine strahlende aufgehende, goldene Sonne vor blauem Hintergrund, was symbolisieren sollte: „Nach finsterner Nacht des Faschismus bricht nun ein neuer Tag an.“ - Ein Neubeginn für die Jugend Deutschlands, was anfangs die westdeutschen Jugendlichen durchaus ebenfalls mit einschloss. Vor allem war die FDJ im Gegensatz zu westlichen Jugendorganisationen als eine Massenorganisation angedacht und ausgelegt, die alle Jugendlichen auf dem Gebiet der DDR mit einschließen sollte.

Die Jugendlichen, die insbesondere im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts in die Natur zogen und sich auf die sogenannte "Fahrt" begaben, stammten in erster Linie aus bürgerlichen Kreisen, die sich aus der Enge, der als langweilig empfundenen bürgerlichen Gesellschaft und der zunehmenden sterilen Industrialisierung, befreien wollten, indem sie sich in der Natur selbstbestimmte Freiräume eroberten. Ein seinerseits geradezu revolutionärer Akt, der auch heute noch immer nicht als selbstverständlich anzusehen ist. Eine Form des Protestes, von jugendlicher Rebellion gegen die Eltern, das Bürgertum und das auf fieberhaften Gelderwerb ausgerichtete Unternehmertum, oder kurz gefasst: gegen das Erwachsensein. Eine Abgrenzung in dieser Form fand innerhalb der DDR weder statt, noch wäre eine solche möglich gewesen. Aus diesem Grund konnte sich keine echte Jugendbewegung entwickeln, obwohl die Beweggründe hierfür mindestens genauso gegeben waren wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Gerade in Anbetracht der allgegenwärtigen Kontrolle vonseiten der politischen Führung und der damit einhergehenden Einengung der Selbstbestimmung wäre

eine solche Jugendbewegung angezeigt, ja geradezu prädestiniert gewesen. Doch eine Abgrenzung gegen den kollektiv verordneten Sozialismus hätte der sozialistisch ausgerichteten Erziehung und Jugendpolitik der DDR von Grund auf widersprochen. Aber statt den Jugendlichen hierfür Bewegungsspielräume zu gewähren, gab man ein Konstrukt vor, das alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen ansprechen und begeistern sollte, was durch vielfältige, durchaus attraktive Angebote vom Basteln bis zum Segelflug zum Teil auch durchaus gelang, was aber eben letztlich stets ideologisch ausgerichtet gewesen ist und in Bezug auf die Wehrerziehung am deutlichsten zum Ausdruck kam. Das Wehrdienstgesetz sah hierzu eine umfassende Vorbereitung auf den Wehrdienst für Jugendliche vor, die bereits in der 9. oder 10. Klassenstufe einsetzte. Diese sah praktische Übungen und Militärlageraufenthalte zur Schaffung entsprechender Kompetenzen vor. Sowohl Marx als auch Engels vertraten bereits 1848 die Ansicht, dass sich das Proletariat selbst bewaffnen und über militärische Kenntnisse verfügen müsse, um die Macht erringen und sich gegen die Angriffe reaktionärer Kräfte behaupten zu können.[11. vgl.: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Wehrpflicht in der DDR, Bonn 1984] Als Ergebnis einer Besprechung mit Stalin am 1. April 1952 notierte sich Wilhelm Pieck, der sich zusammen mit Walter Ulbricht und Otto Grotewohl zu Beratungen über die Vorbereitung der II. Parteikonferenz der SED in Moskau aufhielt: „FDJ muss schießen lernen“.[12. vgl.: Skyba, P., S. 180] Infolge dessen brachte die vormilitärische Erziehung Jugendliche bereits vor der Erfüllung des Grundwehrdienstes mit Schusswaffen in Kontakt, die auch im Rahmen von Schießübungen aktiv benutzt wurden.[13. vgl.: Friedrich-Ebert-Stiftung] Ein Grundstein hierfür wurde bereits 1952 gelegt, als auf dem IV. Parlament des FDJ-Verbandes vom 27. bis 30. Mai in Leipzig verkündet wurde, dass die Volkspolizei offiziell eine Patenschaft für die FDJ übernehmen wird, wodurch die Ausrichtung der FDJ auf die Unterstützung des Militärs in die Wege geleitet wurde. Am dritten Tag des Parlamentes trat schließlich im Anschluss an eine Rede von Walter Ulbricht eine Delegation der Volkspolizei auf die Bühne und überreichte 100 Kleinkalibergewehre, was von den Anwesenden mit tosendem Applaus honoriert wurde.

Laut Protokoll stimmten die Delegierten das Lied „Greift zum Gewehr, Kameraden!“ an. Im weiteren Verlauf wurde die Erwartung kundgetan, dass die Versammlung entscheidende Beschlüsse fassen solle, um die Bereitschaft und Fähigkeit der deutschen Jugend zur aktiven Verteidigung ihrer deutschen Heimat zu gewähren. Als Ergebnis stimmten schließlich sämtliche Delegierten der

Patenschaft unter stürmischen „Hurra“-Rufen zu. Die Patenschaft wurde allerdings nicht von der zivilen Polizei selbst, sondern durch deren paramilitärische Verbände übernommen, die der Hauptverwaltung für Ausbildung unterstanden.[14. vgl.: Skyba, P., S. 184] Auffallend ist jedoch, dass die gesamte sozialistische Jugendorganisation, mit über zwei Millionen Mitgliedern, mit dem Fall der Mauer quasi über Nacht aufhörte zu existieren.

Warum implodierte die gesamte sozialistische Jugendorganisation der DDR quasi in dem Moment, als der formgebende äußere Rahmen weg fiel?

Gerade diese Tatsache stellt ein deutliches Indiz dafür dar, dass es der DDR-Führung innerhalb von 40 Jahren scheinbar nicht gelungen ist, mehr als eine kleine Minderheit für ihre idealistischen, sozialistischen Ziele über deren Jugendpolitik zu erreichen. Im Gegenteil: eine 1969 durchgeführte Untersuchung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZJF) über die Befindlichkeit der DDR-Jugend zeigte unmissverständlich auf, dass die FDJ weit davon entfernt war, die jungen Menschen in der DDR anzusprechen und deren aktive Mitwirkung in der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen. Die Resonanz auf politische Themen war oft negativ und selbst Veranstaltungen im Freizeitbereich wurden trotz des umfangreichen Angebotes oftmals als nicht sonderlich attraktiv bzw. generell als unmodern empfunden. Das gesamte Vereinsleben stagnierte und die Mitgliedschaft verflachte zu einer reinen Formsache.

Die Jugendlichen strebten stattdessen nach Selbstbestimmung und individuellen persönlichen Freiräumen, was bei den Parteifunktionären auf Unverständnis stieß. Die Begeisterung für englische Musikrichtungen, die Vorliebe für westliche Mode und das Tragen von langen Haaren wurden als dekadent und als eine Folge des westdeutschen Herrschaftssystems und seiner psychologischen Kriegsführung angesehen. Den Erziehungsfunktionären gelang es nicht, die wahren Beweggründe der Jugendlichen zu verstehen. Das Verhalten der Jugendlichen konnten diese lediglich in Deutungsmuster des Kalten Krieges einordnen. Die im ZK der SED maßgeblichen Funktionäre hatten ihre Sozialisation in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik erhalten und die Zeit des Nationalsozialismus entweder im Widerstand oder im sowjetischen Exil verbracht. Aufgrund der eigenen Jugenderfahrungen standen sie den kulturellen Ausdrucksformen der jüngeren Generationen fremd und verständnislos gegenüber und es zeichnete sich aufgrund dessen mehr und mehr ein regelrechter Generationenkonflikt ab, den die Funktionäre in ihrer

sozialistisch ausgerichteten Betriebsblindheit nicht sehen konnten oder wollten. Anzeichen hierfür wurden höchstens als eine Folge des negativen Einflusses des Klassenfeindes interpretiert. Aus psychologischer Sicht liegt diesbezüglich die Vermutung nahe, dass man die Existenz dieses Generationenkonfliktes nicht wahrhaben wollte, weil man sich dann hätte eingestehen müssen, dass die große Zielsetzung, der Wunschtraum einer Jugend, welche die Zukunft der DDR gestaltet und frei von der Last der Vergangenheit den Sozialismus verwirklichen würde, im Grunde gescheitert war. Somit kann die Schuldzuweisung dem westlichen Klassenfeind gegenüber als eine Art Abwehr, als eine Form von Projektion interpretiert werden. Anstatt die Verantwortung für die eigenen Fehler selbst zu übernehmen, wurden diese auf das Feindbild abgewälzt, was wesentlich einfacher ist.

Auf diese Weise war das Scheitern einer angestaubten Jugend- und Bildungspolitik vorprogrammiert. Der Kriegsgeneration, die in der Weimarer Republik sozialisiert wurde und sowohl den Nationalsozialismus als auch die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges erlebt hatte und entsprechend geprägt aus dieser Zeit hervorgegangen war, standen die Nachkriegsgenerationen gegenüber, die dafür ihrerseits nicht allzu großes Verständnis aufbrachten und nach vorne blicken wollten, anstatt rückwärts gewandt ständig an die Traditionen des sozialistischen Arbeiterkampfes und des Antifaschismus erinnert zu werden. Sie wollten Kinder ihrer eigenen Zeit sein und ihre Jugend selbstbestimmt gestalten. Man könnte gar vermuten, dass die Kriegsgeneration aufgrund ihrer eigenen Jugenddefizite den nachkommenden Generationen ihre Jugendzeit nicht wirklich gönnen konnte, was man übrigens in gewisser Weise auch auf die BRD beziehen könnte. Aber wie dem auch sei, fest steht, dass das Projekt sozialistische Kinder- und Jugenderziehung für den Klassenkampf und der Verwirklichung eines nachhaltigen zukunftsweisenden Sozialismus nicht wirklich gelungen ist. Dies zeigt, dass auch der größte, umfassendste idealistisch geprägte Einfluss von außen, niemanden wirklich erreichen kann, wenn all dies lediglich aufgezwungen wird und aufgrund fehlender eigenen Motivation kein fruchtbarer Boden existiert, auf dem ein überspringender Funke landen könnte. Dazu bahnt sich ein Zitat von Antoine de Saint-Exupéry geradezu ins Bewusstsein: „Wenn du ein Schiff bauen willst, so trommle nicht Männer zusammen, um Holz zu beschaffen, Werkzeuge vorzubereiten, Aufgaben zu vergeben und die Arbeit einzuteilen, sondern lehre die Männer die Sehnsucht nach dem weiten, endlosen Meer!“

Offensichtlich ist es in der DDR nicht gelungen, die heranwachsenden Generationen für die Idee des real gelebten Sozialismus wirklich zu begeistern. Doch genau dies wäre eine Grundvoraussetzung gewesen, damit die Jugendorganisationen zu einem Erfolg hätten werden können und zwar so, dass die Kinder und Jugendlichen aus eigenem Antrieb, aus eigenem Interesse und vor allem aus eigener Überzeugung heraus, am Vereinsleben teilnehmen. Dies ist allerdings nur auf dem Prinzip der Freiwilligkeit möglich. Keine einzige Jugendgruppe könnte beispielsweise funktionieren und sich mit Lebendigkeit füllen, wenn deren Mitglieder lediglich von ihren Eltern zu einer Teilnahme gezwungen werden würden, weil sie die dort geleistete Jugendarbeit für eine gute Sache halten. Unter Zwang kann weder Motivation, noch Kreativität und schon gar keine echte Freude entstehen. Nach Carl Rogers ist es in der Erziehung wichtig, ob ein Kind Autonomie genießt oder unter ständiger Kontrolle leidet, denn Autonomie ist gleichbedeutend mit Vertrauen in das Kind, das für die Unterstützung der freien Entfaltung von essenzieller Bedeutung ist. Ständige Bevormundung, Kontrolle, Überprüfung und Zwang sind hingegen zu vermeiden. Doch genau diese Autonomie wurde den Kindern und Jugendlichen innerhalb der sozialistischen Erziehung nicht gewährt. Im Gegenteil!

Stattdessen stand vielmehr eine umfassende Kontrolle im Vordergrund, die gegebenenfalls zu empfindlichen Sanktionen führen konnte. Selbst ein im Übermut erzählter Witz mit politischem Inhalt reichte bereits aus, um Jugendliche in ernsthafte Bedrängnis zu bringen. Delinquente oder nach Paragraph 249 StGB als „asozial“ registrierte Jugendliche wurden zur Umerziehung in dafür eigens vorgesehene Umerziehungsheime eingewiesen, wie z. B. in den geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Dort wurden die Jugendlichen unter haftähnlichen Bedingungen einem von Drill und Demütigungen geprägten Umerziehungsprogramm zugeführt.[15. vgl.: Caroline F.: Einweisung zur Umerziehung. Vom Umgang mit sozial auffälligen Jugendlichen, in: Horch und Guck 2/2008, S. 6-7] Aus diversen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Bezug auf die Definition des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“ geht hervor, dass eine gezielte „politisch-ideologische Diversion“ der Jugend durch den Klassenfeind ernsthaft befürchtet wurde.

Dort wurde unter anderem ausformuliert:

„Bestandteil der gegen den realen Sozialismus gerichteten à Subersion des Feindes, der die subversiven Angriffe auf ideologischem Gebiet umfaßt. Mit der

politisch-ideologischen Diversion strebt der Feind in einem langfristig angelegten, mehrstufigen Prozeß subversive Ziele an. Sie bestehen in der Zersetzung des sozialistischen Bewußtseins bzw. der Störung und Verhinderung seiner Herausbildung, in der Untergrabung des Vertrauens breiter Bevölkerungskreise zur Politik der kommunistischen Parteien und der sozialistischen Staaten... Durch die politisch-ideologische Diversion sollen folglich die ideologische Substanz und die verfassungsmäßigen Grundlagen in den sozialistischen Staaten in Gang zu setzen sein.“[16. vgl.: BSTU, GVS, JHS, 001 - 400/81, S. 323/324; BSTU, MfS, JHS, Nr: 183/85, Ausf. Bl. 1 bis 72]

Weiter heißt es unter dem Punkt “Rückgewinnung“:

„Methode der vorbeugenden politisch-operativen Arbeit des MfS. Inhalt der R. ist es, Personen, die durch gegnerische Einflüsse auf feindlich-negative ideologische Positionen abgeglitten sind oder bereits feindlich-negativ wirksam wurden, durch geeignete politisch-operative Maßnahmen sowie ideologische, moralische u. a. Einflußnahme in ihrer antisozialistischen Position zu erschüttern und diese abzubauen. Ziel der R. ist es, diese Personen zur Aufgabe ihrer feindlich-negativen Position zu führen und sie zu einer zumindest loyalen Einstellung und Verhaltensweise gegenüber der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu veranlassen.“[17. vgl.: BSTU, GVS, JHS, 001 - 400/81, S. 337; BSTU, GVS MfS 0008-18/81, Ex.-Nr.: 779]

Daraus lässt sich schließen, dass ein abweichendes unerwünschtes Verhalten grundsätzlich weder als ein Ausdruck von Individualität, noch als entwicklungsbedingte Verhaltensweise in Folge der Adoleszenz interpretiert wurde, sondern offenbar lediglich in politisch-ideologischen Denkmustern vor dem Hintergrund des kalten Krieges gedeutet werden konnte. Wie sollen aber auf diese Weise die für das Erwachsen werden so bedeutungsvolle Mündigkeit und Kritikfähigkeit heranreifen? Doch genau dies war ja auch gar nicht erwünscht. DDR-Bürger sollten weder mündig, noch kritisch sein, sondern als linientreue Zahnräder im sozialistischen Kollektiv verlässlich funktionieren und, falls überhaupt, Kritik ausschließlich an den Klassenfeind adressiert äußern. Aus pädagogischer Sicht drängt sich die Frage geradezu auf, wie naiv die Verantwortlichen wohl gewesen sein müssen, um ernsthaft zu glauben, dass eine solche Rechnung wirklich aufgehen könnte. Aber genau dies ist eben der springende Punkt, weil diesbezüglich weniger pädagogische, sondern vielmehr politisch geprägte, idealistische Beweggründe und Zielsetzungen im Vordergrund

standen.

Man ging einfach davon aus, dass der Sozialismus die denkbar beste Staats- und Gesellschaftsform darstellt und das deutsche Volk nach einer Verkettung von Misere mit der Umsetzung des real gelebten Sozialismus endlich sein Endziel in Sachen Staatsform erreicht hätte. Vor diesem Hintergrund konnte ein nahe bringen dieser Gesellschaftsform auch nur das Beste für die heranwachsenden Generationen darstellen. Demnach mussten diese, quasi zu ihrem eigenen Wohle, davon überzeugt werden, wie wichtig es ist, die gleichen politischen Ideale anzustreben und zwar bis auf das letzte Individuum, auch und gerade, wenn es noch an der notwendigen Einsicht hierzu mangelte und begriffsstutzige Klientel im eigenen Interesse notfalls mit drastischen Maßnahmen zwangsbeglückt werden mussten.

Unter diesen Voraussetzungen konnten die sozialistischen Jugendorganisationen nie zu einem wirklichen Selbstläufer werden, allein schon aus Ermangelung an entsprechenden geistigen Freiräumen, die dazu notwendig gewesen wären, vor allem aber weil man den Kindern und Jugendlichen zu wenig Vertrauen entgegen gebracht hat. Wenn der Sozialismus wirklich rundum so perfekt und erstrebenswert wäre, wie dies vonseiten der DDR-Eliten dargestellt wurde, dann hätten ja die Jugendlichen in Ostdeutschland ausschließlich von sich aus erkennen müssen, dass dieser das mit Abstand Beste ist, das ihnen jemals widerfahren konnte, so dass hierfür gar keine große Überzeugungsarbeit notwendig gewesen wäre.

Robert Baden-Powell, der Gründer der Pfadfinderbewegung, war der Überzeugung, dass Kinder und Jugendliche bereits durchaus in der Lage sind, Beachtliches selbstständig auf die Beine zu stellen und sich positiv zu entwickeln, wenn man ihnen Vertrauen entgegen bringt und sie im eigenständigen Tun ihre eigenen Erfahrungen machen und darüber lernen lässt. Und dies, wohlgemerkt, zu einer Zeit, in der die Überzeugung gesellschaftlicher Konsens war, dass Heranwachsenden vor der Vollendung ihres 21. Lebensjahres nichts ernsthaft zugetraut werden könnte. So prägte er denn auch das pädagogische Prinzip „Learning by doing“ (Lernen durch Tun, Lernen durch Handeln), das zu Beginn des 20. Jahrhunderts geradezu revolutionär gewesen ist und auch heute noch nichts an Aktualität eingebüßt hat.

In Anbetracht der gängigen SED-Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt

siegen lernen!“, dürfte sich wohl die berechtigte Frage stellen, ob man mit der Sowjetunion auch für die Jugendpolitik der DDR den richtigen Paten ausgewählt hatte.

Quellen:

BSTU, GVS, JHS, 001 - 400/81, S. 323

BSTU, GVS, MfS, 0008-18/81, Ex.-Nr.: 779

BSTU, MfS, JHS, Nr: 183/85, Ausf. Bl. 1 bis 72

Literaturverzeichnis:

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die Wehrpflicht in der DDR. Bonn, 1984.

Fritsche, Susanne: Die Mauer ist gefallen. Eine kleine Geschichte der DDR. Berlin, 2008.

Meier, Helmut/ Schmidt, Walter (Hrsg.): Erbe und Tradition in der DDR. Die Diskussion der Historiker. Berlin, 1988.

Müller, Jost: Sozialismus. Hamburg, 2000.

Radbruch, Gustav: Kulturlehre des Sozialismus. Ideologische Betrachtungen. Frankfurt am Main, 1970.

Stübner, Erwin/ Zapf, Helmut (Hrsg.): Sozialistischer Patriotismus und proletarischer Internationalismus. Berlin, 1981.

Skyba, Peter: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949 - 1961. Köln 2000.

Wolfrum, Edgar: Geschichte als Waffe. Göttingen, 2001.